

Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände



Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände · Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin

27.02.2014

Bundesministerium des Innern
11014 Berlin

mailto: mi4@bmi.bund.de

Gesetzentwurf zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes Az: M I 4 – 21004/18#6

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG). Aufgrund der kurzen Frist zur Abgabe einer Stellungnahme möchten wir uns vorbehalten, etwaige weitere Anmerkungen im Laufe des Verfahrens nachzureichen.

Der Gesetzentwurf zur Änderung des AsylVfG sieht vor, u. a. die Staaten Mazedonien, Serbien sowie Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten nach § 29 a AsylVfG einzustufen. Hierdurch sollen laut Gesetzentwurf die Asylverfahren von Staatsangehörigen dieser Staaten schneller bearbeitet und ihr Aufenthalt in Deutschland zügiger beendet werden können. Deutschland soll dadurch als Zielland für Asylbewerber, die Asylanträge aus asylfremden Motiven stellen, weniger attraktiv werden. Auf diese Weise sollen die Belastungen von Bund, Ländern und Kommunen reduziert werden.

Die Bemühungen der Bundesregierung, die hohe Anzahl unbegründeter Asylanträge von Staatsangehörigen der hier in Rede stehenden Herkunftsstaaten zu reduzieren, begrüßen wir sehr. Wir sehen darin einen guten Ansatz und ersten wichtigen Schritt.

Ob diese Beschleunigung im Rahmen des Asylverfahrens jedoch tatsächlich zu einem spürbaren Rückgang von entsprechenden Asylbegehren aus diesen Staaten führen und damit auch eine Entlastung der Kommunen eintreten wird, ist fraglich. Denn schon nach geltendem Recht werden viele Asylanträge aus den genannten Staaten als offensichtlich unbegründet - mit den bekannten gesetzlichen Folgen - abgelehnt. Ausweislich der Statistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sind bspw. im Januar 2014 über 1.331 Anträge serbischer Asylbewerber entschieden worden, von denen 1.120 (84 %) als offensichtlich unbegründet abgelehnt worden

sind. Auch Asylanträge aus Mazedonien und Bosnien-Herzegowina werden in ähnlich hohem Maße als offensichtlich unbegründet abgelehnt. Trotz dieser hohen Zahl an offensichtlich unbegründeten Asylbegehren halten sich viele dieser Personen lange im Bundesgebiet auf. In Anbetracht dieser Zahlen ist es somit fraglich, ob allein die beabsichtigte Einstufung als sichere Herkunftsstaaten geeignet ist, eine signifikante Reduzierung der Asylantragstellung aus den genannten Staaten und ebenso eine signifikante Verkürzung der Aufenthaltszeiten der betroffenen Asylbewerber zu erreichen. Dies kann vielmehr nur ein erster Schritt sein, dem weitere Maßnahmen folgen sollten.

Eine entscheidende Entlastung der Kommunen wäre dann zu erreichen, wenn die hier in Rede stehenden erfolglosen Asylantragsteller in den zentralen Einrichtungen der Länder verbleiben würden und eine dezentrale, rasche Verteilung in die Kommunen - wie sie in einigen Bundesländern durchgeführt wird - unterbliebe. Dies könnte erreicht werden, indem in § 50 AsylVfG klargestellt wird, dass eine landesinterne Verteilung in Fällen des § 29 a AsylVfG nicht erfolgen darf. Damit könnte eine Verteilung unterbunden und der Zweck der Verfahrensbeschleunigung, welcher derzeit nicht umfänglich gegeben ist, besser erreicht werden. Darüber hinaus sollte zügig von der nunmehr europarechtlich vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, für die genannten Länder vorübergehend wieder eine Visumspflicht einzuführen. Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände hat die Bundesregierung seit 2010 wiederholt auf die negativen Folgen der Visafreiheit für die Westbalkanstaaten aufmerksam gemacht und begründet, weshalb sie für die Wiedereinführung der Visumspflicht bezüglich dieser Länder eintritt (s. beigefügtes Schreiben vom 17.11.2010).

Darüber hinaus möchten wir auch auf die Problematik der Asylfolgeantragsteller eingehen. Wie bereits im Gesetzentwurf angeführt, liegen bei den Asylfolgeantragstellern die drei hier genannten Herkunftsstaaten an der Spitze aller Herkunftsstaaten. Dabei ist davon auszugehen, dass der Anstieg sich weiter fortsetzen wird. So wird bspw. berichtet, dass Betroffene teilweise acht und mehr Folgeanträge gestellt haben. Die Folgeantragsteller werden der Kommune zugeordnet, der sie bei ihrer ersten Einreise nach Deutschland zugeteilt wurden. Somit sind auch in diesen Fällen die Kommunen stark betroffen, da diese Personengruppe ebenfalls unterzubringen und zu versorgen ist. Vor diesem Hintergrund und im Hinblick auf die derzeitige Diskussion zur Änderung des AsylVfG möchten wir daher anregen zu überprüfen, ob eine Regelung in § 71 AsylVfG dahingehend aufgenommen werden könnte, dass die Verpflichtung der Asylersantragsteller, in einer Aufnahmeeinrichtung des Landes zu wohnen, sich auch auf Asylfolgeantragsteller erstreckt. Wenn man auch in diesen Fällen eine Unterbringung durch die Bundesländer selber vorgibt, dürfte damit eine erheblich verbesserte Möglichkeit gegeben sein, erfolglose Asylfolgeantragsteller in ihrem Verfahren zu begleiten und auch deren Aufenthalt zu beenden bzw. diese zurückzuführen, als dies bei einer dezentralen Unterbringung in den Kommunen der Fall ist.